

30.11.2016

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU

zum Antrag der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Erinnerungskultur würdigen – NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW sind herausragende Partner der historisch-politischen Bildungsarbeit“ (Drucksache 16/13537)

Flucht und Vertreibung als wichtigen Teil der Erinnerungskultur stärken

I. Der Landtag stellt fest:

Die Zeit des Nationalsozialismus und seine historischen Folgen sind Teil deutscher Identität. Die besondere Verantwortung unseres Landes im Umgang mit der eigenen Geschichte drückt sich bis heute in einer besonderen Erinnerungskultur aus. Dabei standen und stehen die Themen Zweiter Weltkrieg und Holocaust im Mittelpunkt. Doch ebenso spielen Flucht und Vertreibung als Folgen des Zweiten Weltkriegs eine wichtige Rolle. Dementsprechend hat die Landesregierung in ihrer „Neukonzeption der Erinnerungskultur und strukturellen Absicherung der Gedenkstättenarbeit in Nordrhein-Westfalen“ (Vorlage 16/1049) hervorgehoben, dass für das historische Lernen „das Bemühen um die Herausarbeitung von Kontextualitäten und Kausalitäten“ einen entscheidenden Faktor bildet.

Erinnerungskultur beschränkt sich nicht auf die Teilnahme an Veranstaltungen anlässlich von Gedenk- und Jahrestagen. Sie ist ein prägendes Element unseres historischen Bewusstseins, das durch geschichtliches Verstehen geformt wird. Gesellschaftliches Zusammenleben hängt davon ab, inwieweit die Bürgerinnen und Bürger Verständnis für einander aufbringen können. Grundlage einer solchen gegenseitigen Solidarität sind das Bewusstsein für eine gemeinsame Geschichte und Tradition, eine geteilte Kultur und gemeinsam anerkannte Werte. Erinnerungs-

Datum des Originals: 30.11.2016/Ausgegeben: 01.12.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

kultur muss daher so gestaltet werden, dass sie diese Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens fördert, insbesondere in Zeiten, die durch große Flüchtlingsbewegungen geprägt sind. Denn sie kann für die Nöte der Flüchtlinge von heute sensibilisieren und ein besseres Verständnis für deren Situation fördern.

Erinnerungskultur richtet sich aber auch an diejenigen Menschen, die in unserem Land eine neue Heimat finden möchten, sei es aufgrund von Flucht oder Arbeitsimmigration. Die Anerkennung geschichtlicher Verantwortung und kulturell gewachsener Werte und Traditionen ist nicht gebunden an den Geburtsort. Sie gründet auch auf dem Wissen um geschichtliche Zusammenhänge desjenigen Landes, das die neue Heimat bilden soll. Denn die reflektierende Auseinandersetzung mit der eigenen und der neuen Kultur kann Orientierung für das eigene Handeln bieten.

Vor dem Hintergrund der großen Anzahl von Asylsuchenden in unserem Land ist es notwendig, das Verständnis für die Problematik von Vertreibung und Flucht zu stärken und zu fördern. Die „Neukonzeption der Erinnerungskultur“ hebt hervor, dass die Erinnerungskultur vor neuen Herausforderungen steht, insbesondere durch „die wachsende soziale, kulturelle, religiöse und ethnische Vielfalt der anzusprechenden Zielgruppen, insbesondere im Jugendbereich mit stetig steigendem Anteil von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte“. Für das politisch-historische Lernen sei entscheidend, dass eine an Demokratie, Grund- und Menschenrechten orientierte Darstellungslinie entwickelt werde, „welche den Nationalsozialismus mit Zweitem Weltkrieg und Holocaust zwar im Mittelpunkt belässt aber gleichzeitig das ‚kurze 20. Jahrhundert‘ 1914-1990 mit Erstem Weltkrieg, Genoziden, Stalinismus, SED-Diktatur, ethnischen Säuberungen etc. umfasst und eine thematische ‚Konkurrenz‘ zwischen Nationalsozialismus und den anderen historischen Phänomenen“ vermeidet.

Das vom Schulministerium eigens neu vorgelegte Konzept „Erinnern für die Zukunft“ kann ein wichtiger Baustein für die Erinnerungskultur an unseren Schulen sein. In seiner derzeitigen Form vernachlässigt es aber das Thema „Flucht und Vertreibung“ als Folge des Zweiten Weltkriegs.

Ende 2014 hatte der Bund der Vertriebenen als Leitwort für 2015 „Vertreibungen sind Unrecht – gestern wie heute“ festgelegt. Als Institutionen, die Flucht und Vertreibung als zentrales Thema seit ihrer Gründung behandeln, sollten der Bund der Vertriebenen *und die Landmannschaften* auch Ansprech- und Kooperationspartner für Schulen sein, um die Thematik authentisch Schülerinnen und Schülern nahe zu bringen. Denn gerade in diesen Organisationen finden sich noch Zeitzeugen, die ihre Erlebnisse und Erfahrungen unmittelbar weitergeben können.

Darüber hinaus können Kooperationen zwischen den nordrhein-westfälischen NS-Gedenkstätten und Einrichtungen im Sinne von § 96 Bundesvertriebenengesetz Flucht und Vertreibung als wichtigen Aspekt von Erinnerungskultur hervorheben und stützen. So könnte z.B. durch eine solche Zusammenarbeit ein Konzept für eine wissenschaftlich begleitete Ausstellung entwickelt werden, die die Geschichte, Entwicklung und Bedeutung der Landesstelle Unna-Massen im besten Fall auch an diesem Ort dokumentiert. Denn die Landesstelle bot für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler nicht nur eine erste sichere Anlaufstelle in Nordrhein-Westfalen, sondern hat für Nordrhein-Westfalen einen vergleichbaren Stellenwert wie Friedland für ganz Deutschland.

II. Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, das Konzept zur Stärkung von Erinnerungskulturen in den Schulen Nordrhein-Westfalens „Erinnern für die Zukunft“ um den Aspekt „Flucht und Vertreibung als Folge des Zweiten Weltkrieges“ zu erweitern und den Bund der Vertriebenen und die Landsmannschaften als Kooperationspartner mit einzubeziehen.

Kooperationsprojekte zwischen den Einrichtungen gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz und den nordrhein-westfälischen NS-Gedenkstätten sollen aus Titelgruppe 80 („Förderung von Projekten der Gedenkstättenarbeit und Aufarbeitung der deutschen Geschichte, Erinnerungskultur“), Kapitel 07 070 des Haushalts, gefördert werden.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Klaus Kaiser
Petra Vogt
Werner Jostmeier
Heiko Hendriks

und Fraktion